

Mega-Projektion am Reaktor in Grohnde

Die Botschaft an der Weser kommt kurz vor dem Morgengrauen klar und deutlich rüber: Atomkraft schadet Deutschland



Grohnde/Hamburg/Berlin (wbn). Es ist noch dunkel an der Weser und in Deutschland. Die ersten Überraschungs-Fotos kommen aus Biblis und Philippsburg. Dann geht es Schlag auf Schlag: "Atomkraft schadet Deutschland!" Der markante Slogan prangt, wie von den Weserbergland-Nachrichten.de angekündigt, jetzt auch an der Reaktorhülle des Kernkraftwerkes in Grohnde/Emmerthal. Zumindest bis zur Morgendämmerung.

Es ist früh am Morgen. Nach und nach taucht die Leuchtschrift an Reaktoren und Kühltürmen der zwölf deutschen AKW-Standorte auf. Darunter auch am Kernkraftwerk in Grohnde, das an diesem regnerischen Morgen von leichtem Bodennebel umgeben ist. An anderen AKW-Standorten versuchen die Betreiber die Aktionsparolen durch starke Lichtmasten zu überblenden. In Grohnde kommt die überdimensional projizierte Botschaft an dem charakteristischen Containment des Reaktors jedoch weithin sichtbar und klar für den frühmorgendlichen Berufsverkehr "rüber". Die Greenpeace-Demo im Weserbergland hat ihren Zweck erfüllt. Greenpeace-Aktivisten protestieren mit den Projektionen gegen die geplanten Laufzeitverlängerungen. Die Bundesregierung will heute im Kabinett die dafür notwendigen Gesetze beschließen.

(Zum Bild: Greenpeace-Botschaft kurz vor Morgengrauen am Kernkraftwerk in Grohnde. Foto: Greenpeace)

Greenpeace fordert Bundesumweltminister Norbert Röttgen auf, seine Zustimmung zu den Gesetzen zu verweigern. "Wer heute für die Laufzeitverlängerung stimmt, entscheidet sich gegen die Menschen in diesem Land", warnt Tobias Münchmeyer, Energieexperte von

28. September 2010 - Klares Greenpeace-Signal an den Kühltürmen des AKW Grohnde

Geschrieben von: Lorenz

Dienstag, den 28. September 2010 um 07:37 Uhr

Greenpeace. Atomkraft schade Deutschland in mehrfacher Hinsicht: Die Gefahr der radioaktiven Verseuchung durch einen schweren Reaktorunfall sei nicht gebannt. Es werde immer mehr Atommüll produziert, für den es kein Endlager gibt. Eine Laufzeitverlängerung würde die Erneuerbaren Energien ab. Münchmeyer: "Das sogenannte Energiekonzept der Bundesregierung ist nichts als die Verpackung für ein milliardenschweres Geldgeschenk an die Atomkonzerne. Röttgen muss auf sein Gewissen hören und gegen diese Politik stimmen - oder er rennt in sein umweltpolitisches Waterloo." Greenpeace hat berechnet, dass die Laufzeitverlängerung zu fast 5000 Tonnen Atommüll zusätzlich führen wird. Das entspricht mehr als 500 Castorbehältern.

Einen besseren Schutz gegen Terrorangriffe soll es gar nicht geben

Ein sicheres Endlager für die strahlende Hinterlassenschaft ist nicht in Sicht. Der Salzstock Gorleben, der jetzt zügig weiter erkundet werden soll, ist ein Alibi-Standort - notwendig für die Energieversorger, um überhaupt AKW betreiben zu können. Benannt wurde Gorleben aus strukturpolitischen Erwägungen. Wissenschaftlich-geologische Kriterien spielten keine Rolle. "Laufzeitverlängerungen sind überflüssig", meint Greenpeace. Und nicht nur das - die Zahl von durchschnittlich zwölf Jahren Verlängerung täuscht laut Greenpeace über die eigentliche Dimension dieser Entscheidung hinweg. Die Energieversorger dürfen Strommengen und Stillstandszeiten von einem auf andere AKW übertragen. Auf diese Weise sorgt der Atomdeal dafür, dass in Deutschland auch 2050 noch Atomkraftwerke am Netz sein können. Darunter sogar Grohnde! Dennoch sollen die Nachrüstungen für die Sicherheit eingeschränkt werden. Einen besseren Schutz gegen Terrorangriffe soll es gar nicht geben. Greenpeace klagt wegen der Terrorgefahr derzeit bei sechs Atomkraftwerken auf Widerruf der Betriebsgenehmigung.

Ein weiterer Skandal: Die Regierung plant, die Klagemöglichkeiten von Anwohnern gegen den Betrieb eines Atomreaktors massiv einzuschränken. "Damit sollen Atomkraftgegner wie Greenpeace mundtot gemacht und die Bedenken der Anwohner unter den Teppich gekehrt werden", so Münchmeyer. Dabei hatte das Bundesverwaltungsgericht im Jahr 2008 entschieden, dass insbesondere die Gefahr, die von einem Flugzeugabsturz ausgeht, nicht als hinzunehmendes Restrisiko gilt. Betroffene Bürger sollten demzufolge auch gegen den Betrieb eines Atomkraftwerks klagen können.

Greenpeace: Bis 2015 muss der Atomausstieg komplett vollzogen sein

In dem zwischen Regierung und Atomkonzernen abgeschlossenen Geheimvertrag spielt die

28. September 2010 - Klares Greenpeace-Signal an den Kühltürmen des AKW Grohnde

Geschrieben von: Lorenz

Dienstag, den 28. September 2010 um 07:37 Uhr

Gefahr von Terroranschlägen auf Atomkraftwerke nun aber entgegen Röttgens ursprünglichen Vorgaben keine Rolle mehr. Greenpeace verlangt deshalb, dass die sieben ältesten Reaktoren sowie der Meiler in Krümmel sofort abgeschaltet werden. Bis 2015 müsse der Atomausstieg komplett vollzogen sein. Dies sei möglich, ohne die Energieversorgung in Deutschland zu gefährden.